

Kreistagsdrucksache Nr. 015/16/10

AZ. Abt.12

Anlage: 1 (nichtöffentlich)

Tagesordnungspunkt

Erweiterung Landratsamt Tübingen, Nachträge - Beschluss

Zur Beratung im

Verwaltungs- und Technischer Ausschuss (öffentlich) Beschluss am 04.07.2018

Beschlussvorschlag:

Der Vergabe der Nachträge in einer Gesamthöhe von bisher insgesamt 226.487,16 € wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Am 20.07.2016 wurde im Kreistag der Beschluss gefasst, das Landratsamt in der Wilhelm-Keil- Str. 50 zu erweitern (Baubeschluss, KT- DS 015/16/2, 015/16/3 und 015/16/4). Das Gesamtbudget wurde auf brutto 9,5 Mio. € (Anlage 1 nichtöffentlich) festgelegt.

Derzeit erfolgen die Arbeiten im Innenausbau. Die Fassadenarbeiten der Firma Montag, Biberach, befinden sich hinsichtlich der Fertigstellung der Außenfassade in Verzug.

Nachträge:

Im Zuge des Baufortschritts wurden zwischenzeitlich Mehr- und Minderpreisnachträge verschiedener Firmen vorgelegt. Die Gesamtsumme der vorgelegten Nachträge beträgt ungeprüft und unverhandelt 405.827,47 € (brutto). Nach Prüfung und Verhandlung der vorgelegten Nachträge beträgt die berechnete Gesamtsumme der Nachträge insgesamt 226.487,16 € (brutto). In Zuständigkeit der Verwaltung (< 150.000 €) wurden bisher Nachträge in einer Höhe von insgesamt -13.632,91 € (Brutto) abgeschlossen, sodass nun insgesamt Mehr- und Minderpreisnachträge in einer Höhe von 212.854,25 € (brutto) zu vereinbaren sind. Diese Nachträge müssen mit den Firmen vertraglich vereinbart werden (Nachtragsvereinbarung).

Die Nachträge (Anlage - nichtöffentlich) sind zum größten Teil aufgrund der weiter fortgeschrittenen Ausführungsplanung entstanden und bedeuten insbesondere im Bereich der Fassade eine deutlich höhere Ausführungsqualität. Mit der Firma Montag konnte für die größte Position eine Gesamtvereinbarung zu den Fertigstellungsterminen unter Berücksichtigung einer deutlichen Verminderung der Nachtragspreise ausgehandelt werden. Die Arbeiten im Innenbereich sind nicht vom Verzug betroffen, so dass der Umzug und die Inbetriebnahme des Gebäudes, nach heutigem Stand, wie geplant im November/ Dezember 2018 stattfinden kann.

Kostenprognose:

Zusammen mit den bisher erteilten Aufträgen in Höhe von 8.861.500 Mio. €, den in der Zuständigkeit der Verwaltung vergebenen Aufträge in einer Gesamthöhe von rd. 173.677 € den abgeschlossenen Nachtragsvereinbarungen in einer Gesamthöhe von rd. -13.632 € und den noch ausstehenden Nachtragsvereinbarungen in einer Gesamthöhe rd. 226.487 € wurden bisher Aufträge in einer Gesamthöhe von rd. 9,248 Mio. € vergeben.

Unter Berücksichtigung der noch nicht vergebenen Aufträge für die Leistungen der Kostengruppe 300 (Baureinigungsarbeiten und Schließanlage insgesamt 33.320 €), der Kostengruppe 600 (Möblierung, Ausstattung Lagezentrum, Leit- und Orientierungssystem insgesamt 230.970 €) und noch nicht beauftragter Nebenkosten/Kleingewerke rd. 25.500 € nach der Kostenberechnung sowie der bereits erteilten Aufträge, die teilweise unter dem Ansatz der Kostenberechnung vollzogen werden konnten, ergibt sich derzeit eine Gesamtkostenprognose i. H. v. 9,538 Mio. €. Die Kostensteigerung beträgt derzeit somit rd. 0,4 % zum Kostenrahmen von 9,5 Mio. €.

Derzeit liegen noch keine Schlussrechnungen der Gewerke vor.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushaltsjahr 2018 sind unter dem Auftrag 711241020100 Auszahlungen für Baumaßnahmen (HH Seite 37, Produktgruppe 1124-1, Nr. 8) insgesamt 6,5 Mio. € ausgewiesen, zuzüglich einer Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 110.000 €. Die zur Vergabe anstehenden Nachtragsvereinbarungen in einer Gesamthöhe von 226.487,16 € können damit finanziert werden.